

Der von der Gegenseite

Nachruf auf den Atomkraftgegner Klaus Traube

Von Reimar Paul

Jüngere Anti-AKW-Aktivistinnen kennen kaum noch seinen Namen, die älteren erinnern sich an ihn als einen ihrer allerersten Mitstreiter. 40 Jahre lang warnte Klaus Traube vor den Gefahren der Atomkraft. Unermüdlich setzte er sich für Energieeffizienz, die Kraft-Wärme-Kopplung und den Ausbau der Stromerzeugungskapazitäten aus erneuerbaren Trägern ein. Jetzt ist der Umweltforscher verstummt. Am 4. September verstarb er im Alter von 88 Jahren in Oberursel (Taunus).

Traube kam von der Gegenseite – und war deshalb gewissermaßen ein Kronzeuge für die Anti-AKW-Bewegung. Der promovierte Maschinenbauer arbeitete 15 Jahre lang für die Atomindustrie, zunächst in den USA, dann als Direktor des Fachgebiets Kernreaktoren der AEG, schließlich als

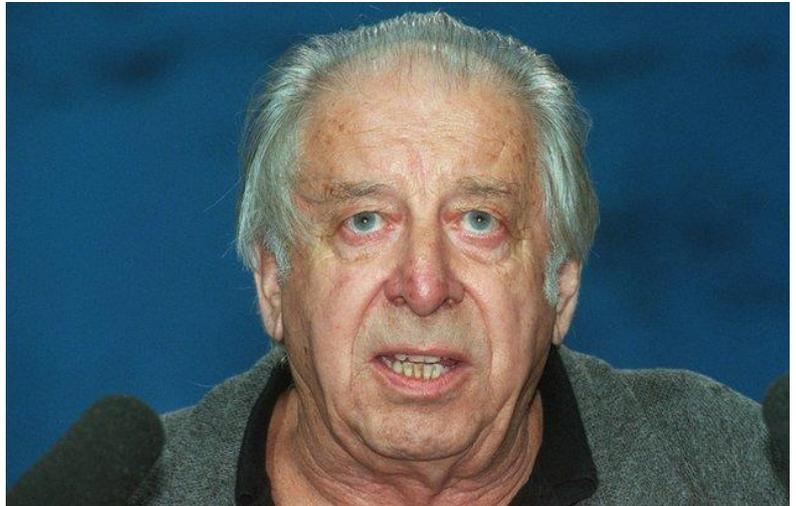
geschäftsführender Direktor der Kraftwerk-Union-Tochter Interatom. In dieser Funktion war er für die Entwicklung und den Bau des »Schnellen Brüters« in Kalkar mitverantwortlich – der zwar nach 13 Jahren Bauzeit 1986 fertiggestellt, aber nie in Betrieb genommen wurde.

Er erkannte, dass und warum die Atomanlagen immer teurer wurden und ihre Risiken nicht zu verantworten sind. Ihn habe der 1972 erstmals veröffentlichte Bericht »Grenzen des Wachstums« des »Club of Rome« stark geprägt, sagte Traube später: »Er säte Zweifel zunächst nicht an der Kernenergie, sondern am Fortschrittsoptimismus.« Der Schnelle Brüter sei das Versprechen gewesen, sich in der Energiefrage vom Ressourcenproblem für die nächsten tausend Jahre abkoppeln zu können: »Insofern war der Brüter eine Säule des Wachstumsversprechens, an dem ich seit der Botschaft des Club of Rome zweifelte.« Traube wechselte die Seiten, 1976 wurde ihm von Interatom gekündigt.

Im Februar 1977 enthüllte der *Spiegel* einen Lauschangriff des Verfassungsschutzes auf Traube. Der Geheimdienst hatte ihn monatelang rechtswidrig bespitzelt. Ihm wurde unterstellt, er wolle Terroristen den Zugang zu AKWs verschaffen. Der Verdacht – Grundlage dafür war Traubes Bekanntschaft zu einer Rechtsanwältin, die Kontakt zu RAF-Mitgliedern hatte – erwies sich als völlig haltlos. Der damalige Innenminister Werner Maihofer (FDP) musste sich bei Traube entschuldigen und trat zurück. Bis heute halten sich Gerüchte, die Atomlobby könnte in diese Affäre verstrickt gewesen sein.

Fortan war der Atomkraftexperte als Gutachter, als Hochschullehrer in Berlin, Kassel und Bremen sowie als Publizist tätig. Die Technologie, schrieb er schon lange vor der Katastrophe in Tschernobyl 1986, sei zu riskant für den niemals fehlerfreien Menschen: »Man kann sich auch in den besten Sicherheitsszenarien letztlich nicht all das ausdenken, was irgendwann passieren kann.« In seinem Buch »Billiger Atomstrom?« (1982) plädierte Traube für das Energiesparen: »Die Rationalisierung der Energienutzung ist auf Jahrzehnte die ergiebige Energiequelle.« Energieeffizienz war dabei für ihn keineswegs gleichbedeutend mit Askese, sondern immer mit dem Traum vom guten Leben verbunden.

Von 1990 bis 1997 leitete Traube an der Bremer Universität das von ihm mitgegründete Institut für Kommunale Energiewirtschaft und Politik. Von 1997 bis 2004 war er ehrenamtlich energiepolitischer Sprecher des Umweltverbandes BUND, danach Berater des Deutschen Naturschutzrings und Vizepräsident des Bundesverbandes Kraft-Wärme-Kopplung. Klaus Traube war kein Polterer, kein lauter Prediger für die gute Sache. Dass eine Energieversorgung ohne Atomkraft und Kohle möglich wäre, konnte er umfassend belegen. Traube, der 1972 wegen seiner Begeisterung für die Politik Willy Brandts in die SPD eintrat, blieb bis zu seinem Tod deren Mitglied.



Das SPD-Mitglied Klaus Traube auf dem Bundesparteitag der Sozialdemokraten 1997 in Hannover Foto: Michael Jung/dpa